

Tabak-Arbeiter

Nr. 26 / Bremen, den 27. Juni 1931

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis monatlich 40 Pf. ohne Bringerlohn. — Einzelgenusspreis 50 Pf. für die viergespaltene Millimeterzeile. Schluss der Redaktion und der Anzeigenannahme Montag. Schriftleitung: Ferdinand Dahms, Verantwortlich für den redaktionellen Teil Heinrich Borag, für die Anzeigen Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Hufung. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. H. Schmalfeldt & Co. Sämtlich in Bremen.

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20. Telefon: Amt Domsheide 20780. Geld- und Einschreibungen an Johannes Krohn, Postfach 5340 beim Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandlungsgesellschaft deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Hufung, Bremen, An der Weide 20. Verbandsausschussvorsitzender: E. Schöne, Hamburg, Befensbinderhof 57, Zimmer Nr. 24.

Eine richtunggebende Entschliebung

Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes drückt seine Ueberzeugung dahin aus, daß eine nachhaltige Besserung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands durch die Notverordnung vom 5. Juni d. J. nicht erreicht werden kann. Die Notverordnung steht außerdem in schroffem Widerspruch zu den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit, sie erfordert nach wie vor den schärfsten Protest der Arbeiterschaft und den entschiedenen Kampf für ihre Abänderung in kürzester Frist.

Angesichts der bedrohlichen Lage, die durch die fortwährenden umfangreichen Kündigungen von Auslandsguthaben und die zum Teil auch durch Kapitalfluchtbestrebungen bedingten Devisenabflüsse herbeigeführt ist, muß die Sicherung ausländischer Hilfsbereitschaft dringend gefordert werden. Die deutsche Außenpolitik muß diesem Ziel gewidmet sein.

Daß außerdem eine weitgehende Erleichterung der Reparationslasten auf schnellstem Wege erstrebt werden muß, wird von den Gewerkschaften nicht erst jetzt betont. Gegenüber anderen Kundgebungen unverantwortlicher Kreise vertreten die Gewerkschaften mit der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland nach wie vor mit aller Entschiedenheit die Forderung einer friedlichen Verständigung. Die Wirtschaftsnöte in der ganzen Welt verlangen eine internationale Wirtschaftspolitik, die von gegenseitigem Vertrauen getragen und auf gegenseitige Förderung gerichtet ist.

Für das Reich können neue Finanzquellen noch erschlossen werden, wenn fortan verhindert wird, daß alljährlich ungezählte, aus inländischer Konsumkraft gewonnene Millionen für deutsche Rechnung oder für Rechnung internationaler Trusts in das Ausland verbracht und dem deutschen Steuerzugriff entzogen werden. Es ist an der Zeit, daß Regierung und Gesetzgebung die Uebernahme von Handelsmonopolen auf das Reich ernsthaft ins Auge fassen, z. B. für Getreide, Margarine, Tabak, Öl und andere Verbrauchsgüter, deren Rohstoffe im wesentlichen aus dem Auslande kommen. Solche Reichsmonopole würden die Möglichkeit der Verhinderung von Kapitalabwanderung und neben der Förderung inländischer Kapitalbildung unmittelbare Einnahmequellen schaffen. Durch weiteren Ausbau der Erbschaftsteuer könnte gleichfalls eine Erhöhung der Reichseinnahmen gesichert werden.

Angesichts der brutalen Sparmaßnahmen auf sozialpolitischem Gebiete ist es nicht länger zu vertreten, daß die von der überwiegenden Mehrheit als notwendig und unvermeidlich anerkannte Reichsreform hinausgeschoben wird. Zur Verwirklichung dieser Maßnahme, die große Mittel freisetzen wird, müssen ernste Schritte getan werden. Die Ausschaltung der Gewährung von Pensionen an im Erwerbsleben stehende frühere Beamte und Offiziere müßte in der augenblicklichen Notzeit eine Selbstverständlichkeit sein.

Die seitherige nur privatwirtschaftlichen Interessen dienende Politik der Subventionen muß verlassen werden. Notwendiger noch ist die sofortige Abkehr von der Agrarpolitik, die den Verbrauch belastet und einschränkt und durch das Streben nach Sondervorteilen für die Landwirtschaft alle Handelsverträge gefährdet. Eine entschlossene Handelspolitik auf der Grundlage der Meistbegünstigung zur Förderung des deutschen Industrie-Exports ist dringend geboten. Ihr Ziel muß der internationale Abbau der Zölle sein.

Daneben erheben die Gewerkschaften erneut ihre Forderung nach scharfer Kontrolle der Kartelle und Monopole, deren ungesunde Preispolitik insbesondere auf dem Lebensmittelmarkt die Lage dauernd verschlimmert; die Forderung nach Erhaltung und Stärkung der Kaufkraft der Verbrauchermassen; nach Verkürzung des Weges der Güterbewegung durch unmittelbare Geschäftsbeziehungen zwischen Produzenten und Kleinverkauf; nach ernststen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, insbesondere durch zielbewusste Wohnungswirtschaft und eine vernünftige Siedlungspolitik; nach der allgemeinen gesetzlichen 40stündigen Arbeitswoche mit dem Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte aus dem Millionenheer der Arbeitslosen.

Den Kampf um diese nächsten Aufgaben muß die organisierte Arbeiterschaft mit Hartnäckigkeit und Ausdauer unter Anspannung aller Kräfte weiter führen. Wir sind der Treue der Mitglieder sicher, aber wir rufen auch die übrige Arbeiterschaft auf, sich in unseren Verbänden zu vereinigen, um den Sieg über die soziale Reaktion und alle Feinde der Arbeiterinteressen zu erringen.

Berlin, den 20. Juni 1931.

Wo steckt noch Material zur Verbandsgeschichte?

Im Hinblick auf das 50jährige Bestehen des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes am 22. November 1932 hat der Vorstand beschlossen, das noch vorhandene Material über die Geschichte des Verbandes und seiner Vorläufer sammeln, sichten und verarbeiten zu lassen. Es kommt darauf an, ein möglichst lückenloses Bild von den organisatorischen Regungen und Bestrebungen der Tabakarbeiterchaft zu gewinnen. Um diese Aufgabe so gut wie möglich erfüllen zu können, ergeht besonders an die älteren Kollegen und Kolleginnen die dringende Bitte, etwa noch vorhandene Zeitungen, Flugblätter, Statuten usw., die mit

der Tabakarbeiterbewegung zusammenhängen und aus der Zeit vor 1890 stammen — wenn auch nur leihweise —, zur Verfügung zu stellen. Außerdem werden interessierte Kolleginnen und Kollegen gebeten, örtliche Archive und Geschichtswerke einmal daraufhin durchzusehen, ob in ihnen nicht Material über die Tabakarbeiterbewegung und die Lage der Tabakarbeiter in früheren Zeiten enthalten ist. Zweifellos wird es so möglich sein, noch manches Material zu finden, das für die einmal zu schreibende Geschichte der Tabakarbeiterbewegung in Deutschland von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist.

Alle Mitteilungen und Sendungen in dieser Angelegenheit, für die schon im voraus bestens gedankt wird, sind an die Redaktion des „Tabak-Arbeiter“ in Bremen, An der Weide 20, zu richten.



Tabakgewerbe



Die neue Zigarettenbesteuerung

Nach der Durchführungsverordnung zur Notverordnung über die Aenderung des Tabaksteuergesetzes werden folgende Zigarettenpreislagen, Packungen und Steuerfüße festgesetzt:

Preislage	Stück Packung	Banderole v. H.
2½	4, 10, 20, 50	30
3½	3, 6, 9, 12	30
4	5, 10, 25, 50	31
5	5, 10, 25, 50	34
6	5, 10, 25, 50	35
8	5, 10, 25, 50	38
10	5, 10, 25, 50	40
12		43
15		45

Das Reichsfinanzministerium verfolgt mit dieser Aenderung der Tabaksteuerfüße und Verpackung den Zweck, eine Konsumzigarette wieder einzuführen. Letzten Endes soll die Steuer der gesunkenen Leistungsfähigkeit der Bevölkerung angepaßt werden, um neben dem Absatz von Zigaretten vor allen Dingen den Steuerertrag zu heben. Außerdem wird die Möglichkeit des Einzelverkaufs für die nächste Zeit wiederhergestellt, und zwar dürfen aus Packungen von 50 Stück und für einzelne Preisklassen auch von 25 Stück Zigaretten einzeln verkauft werden. Allerdings soll diese Möglichkeit nur für eine Uebergangszeit gelten. In der Hauptsache will man den Bedürfnissen der Mindebemittelten durch ganz kleine Packungen entgegenkommen.

Sinweg mit der Ueberarbeit!

Am 11. Juni hielt der Verband süddeutscher Zigarrenfabrikanten, der zu gleicher Zeit auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken konnte, in Mannheim seine diesjährige Hauptversammlung ab. Bei dieser Gelegenheit warnte, wie wir der „Süddeutschen Tabakzeitung“ entnehmen, der Geschäftsführer Herr Bahls die Zigarrenfabrikanten davor, den gesteigerten Bedarf an Zigarillos durch Ueberarbeit zu befriedigen. „Da in Süddeutschland immer noch eine große Anzahl erwerbsloser Zigarrenarbeiter vorhanden sei, könne die Abhaltung von Ueberstunden in der Öffentlichkeit nur böses Blut machen und den Ruf nach einer gesetzlichen Beschränkung der Arbeitszeit verstärken. Der Fachmann wisse zwar, daß aus mancherlei technischen Gründen der Mehrbedarf an Arbeit nicht immer durch Einstellung von Arbeitslosen gedeckt werden könne, aber es sei unmöglich, der öffentlichen Meinung diese Verhältnisse überzeugend auseinanderzusetzen. Eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit würde aber gerade für das Zigarrengewerbe weit drückendere Folgen haben, als für die meisten anderen Industriezweige.“

Obgleich wir nicht recht einsehen können, warum die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit für das Zigarrengewerbe weit drückendere Folgen haben würde als für die meisten anderen Industriezweige, sind wir Herrn Bahls doch dankbar, daß er die Frage der Ueberarbeit einmal in einer Versammlung von Zigarrenfabrikanten zur Sprache gebracht hat. Es erregt nämlich nicht nur böses Blut, sondern ist geradezu ein Skandal, wenn zu einer Zeit, wo Tausende und aber Tausende von Arbeiterinnen und Arbeitern der Tabakindustrie ohne jeden Verdienst und vom 1. Juli an auch ohne ausreichende Unterstützung sind, die Zahl der Ueberarbeiter noch zunimmt, wie das im verfloffenen Monat geschehen ist. Hier kann nur ein rücksichtsloses Durchgreifen helfen. Der Deutsche Tabakarbeiter-Verband wird deshalb nicht zögern, alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel in Anwendung zu bringen, um dem Ueberstundenunfug in der Tabakindustrie ein Ende zu bereiten; denn von einem wirtschaftlichen Bedürfnis, wie es in den Tarifverträgen heißt, kann doch wirklich nicht die Rede sein. Es soll aber auch kein Zweifel darüber bestehen, daß wir uns mit aller Energie für die Verwirklichung der vom Ausschuß des ADGB. erneut aufgestellten Forderung nach der allgemeinen gesetzlichen 40stündigen Arbeitswoche mit dem Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte aus dem Millionenheer der Arbeitslosen einsetzen werden.

Alle Maßnahmen und Warnungen müssen jedoch ihren Zweck verfehlen, wenn nicht auch die Tabakarbeiterschaft aus sich heraus der Ueberarbeit ernstlich zu Leibe geht. Wir wissen sehr wohl, daß die Not groß ist und es in der jetzigen Zeit auf jeden Pfennig Verdienst ankommt. Auf der anderen Seite steht jedoch die große Menge der Kolleginnen und Kollegen, die schon monatelang arbeitslos sind und nach dem 30. Juni weder aus noch ein wissen. Mit ihnen muß Solidarität geübt werden, damit sie wieder in den Produktionsprozeß kommen. Vergesse auch niemand, daß der Kampf um die Wiedererlangung der Sonderunterstützung außerordentlich erschwert wird, wenn die Gegner derselben — und deren gibt es nicht wenige — in der Lage sind, auf die Ueberarbeit in der Tabakindustrie hinweisen zu können. Also noch einmal:

Sinweg mit der Ueberarbeit!

Zurück zur Handarbeit!

Bis zum Jahre 1922 wurden bei der österreichischen Tabakregie sämtliche Zigarrensorten nur in reiner Handarbeit erzeugt. Die vorher unternommenen Versuche, so wie in der Zigarettenherzeugung auch für die Herstellung der Zigarren Maschinen zu verwenden, führten bei letzteren zu keinem befriedigenden Ergebnis. Erst im Jahre 1922 gelang es, wie wir unserem österreichischen Bruderorgan entnehmen, durch Einführung der „Phönixmaschinen“ auch die Zigarrenproduktion zum größten Teil maschinell durchzuführen.

Vorerst wurden nur Zigarren mit Schnitttabak und Stumpfen auf diesen Maschinen erzeugt; im Jahre 1926 ging man zur Herstellung sämtlicher Zigarrensorten, mit Ausnahme der Luxuszigarren, über. Diese Tatsache hat damals in den Zigarrenfabriken große Aufregung hervorgerufen, wurde doch bei der Einführung der Phönixmaschine die Leistung verdoppelt. Die Produktion der Puppenwicklerin sowie die der Spinnerin wurde gemaltig gesteigert. Außerdem hatten die Arbeiterinnen durch den raschen Lauf der Maschine sehr unter der großen Staubentwicklung zu leiden.

Jedoch auch für das Unternehmen brachte die Phönixmaschine nicht den erhofften Erfolg. Einen großen Nachteil bildete die enorme Materialverschwendung. Außerdem wurde auch die gewöhnliche Qualität nicht erzielt, speziell die Zügigkeit der Zigarren wurde durch die Maschinenarbeit stark beeinträchtigt. Dazu gesellte sich noch der Uebelstand, daß das tadellose Funktionieren der Maschinen eine ständige Reparatur erforderte und außerdem die Lebensdauer dieser Maschine sehr kurz begrenzt war. Als einziger Erfolg für die Tabakregie war die doppelte Erzeugung zu buchen.

Nun, nach fast zehnjähriger Verwendung werden auch diese Maschinen von dem derzeit so sehr grassierenden Maschinensterben ernstlich bedroht. Aber, und das ist gewiß im Zeitalter der Rationalisierung eine Sensation — diese Maschinen werden nicht durch neue, modernere, leistungsfähigere, sondern durch Wiedereinführung der Handarbeit ersetzt. Nach deutschem Muster sollen in Zukunft die Zigarren durch die sogenannte „Rollmethode“ hergestellt werden. Wer sich jedoch durch Wiedereinführung der Handarbeit eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse oder gar eine Erleichterung in der Leistungsfrage erhofft, irrt sich, denn bei dem neuen Rollsystem soll die gleiche Leistung wie heute bei der Phönixmaschine erreicht werden.

Die Lage der Tabakarbeiter in Spanien

Der Sekretär des Internationalen Tabakarbeiterverbandes, Kollege Eichelsheim, hatte anlässlich einer Ausschußsitzung des IOB. in Madrid Gelegenheit, mit dem Vorstand des spanischen Gewerkschaftsbundes Fühlung zu nehmen und sich über die Lage der Tabakarbeiter in Spanien, sowie ihrer Organisation zu informieren.

Der gegenwärtige Vorsitzende des spanischen Gewerkschaftsbundes, M. Cardero, teilte mit, daß dort kein Landesverband der Tabakarbeiter besteht. Allerdings gab es während der Diktatur von Primo de Rivera einen sehr stark syndikalistischen

Tabakarbeiterverband, aber dieser wurde durch die Verfolgungsmaßnahmen vollständig vernichtet. Gegenwärtig gibt es in einigen Branchen — Zigarren- und Zigarettenmacherinnen und Maschinenpersonal — nur einige organisierte Grüppchen, die, wenn auch mit sehr geringem Erfolg, ihre Gruppeninteressen wahrzunehmen trachten. Man konnte sich auch kein Material über die Zahl der Fabriken sowie der in der ganzen Industrie tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen verschaffen, und ebenfalls nichts über Löhne und Arbeitszeit. Man hat acht Jahre unter der Diktatur gefehlt und gelitten, und während dieser Zeit war es nicht möglich, einen Tabakarbeiterverband auf der Grundlage des IGB. aufzubauen. Jetzt, wo man unter republikanischer Herrschaft etwas freier atmen und sich durchaus frei bewegen kann, wird man sich sofort die größte Mühe geben, um diese Grüppchen in einer einzigen Organisation zusammenzufassen, und die Propaganda unter den Tabakarbeitern wird energischer als je geführt werden. Sobald es gelungen ist, die zerstreuten Grüppchen zur Einheit und einen einigermaßen bedeutenden Tabakarbeiterverband zustande zu bringen, wird man mit dem Internationalen Sekretariat über eventuellen Anschluß an unseren internationalen Verband in einen näheren Briefwechsel eintreten.

Inzwischen wird Cardero versuchen, sich einen Gesamtüberblick über die Lage in der Tabak- und Zigarrenindustrie zu verschaffen und darüber die erforderlichen Mitteilungen machen.

Gau- und Zahlstellenberichte

Oppeln. Am 10. Juni fand im Gasthaus „Zur Eisenbahn“ eine stark besuchte Versammlung der arbeitslosen Tabakarbeiter(innen) von Oppeln und Umgebung statt, in welcher zur neuen Notverordnung der Brüning-Regierung Stellung genommen wurde. Nach den Ausführungen des Kollegen B a u m g a r d t bemächtigte sich der Versammlung über den ungeseligen und unsocialen Inhalt dieser Notverordnung große Erregung und Entrüstung. Die Erregung und der Protest steigerten sich insbesondere nach Kenntnisnahme der Absicht, den Tabakarbeitern die Sonderunterstützung zu nehmen. Nach lebhaften Protestäußerungen der Versammelten beauftragten dieselben die Ortsverwaltung, der Reichsregierung folgende Protestresolution auf dringlichstem Wege zu übermitteln:

Die am Mittwoch, dem 10. Juni 1931, in Oppeln (Oberschlesien) versammelten, durch die letzte Tabaksteuer verdienstgeschädigten und arbeitslosen Tabakarbeiter(innen) von Oppeln und Umgebung haben mit Bestürzung, aber auch mit Entrüstung davon Kenntnis bekommen, daß ihnen die in der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 zugesicherte und zum Gesetz erhobene Sonderunterstützung entzogen werden soll. Bei Durchführung dieser Absicht würden allein hier rund 300 arbeitslose Tabakarbeiter(innen) ohne Schuld in die größte Notlage geraten, ohne das auch nur die Möglichkeit bestände, ihnen anderweitig Hilfe leisten zu können. Fast alle arbeitslosen Tabakarbeiter(innen) sind bis zum 1. Juli 1931 mit der Arbeitslosenunterstützung ausgestattet, in einer Reihe von Orten in der Umgebung von Oppeln sind die Tabakarbeiter unverständlicherweise seit dem 3. November 1930 zur Krisenfürsorge nicht mehr zugelassen, zudem sieht die neue Notverordnung an anderer Stelle vor, die Entziehung der Unterstützung an jugendliche Arbeitslose unter 21 Jahren und die Erschwerung der Voraussetzungen zum Bezug von Arbeitslosenunterstützung für verheiratete arbeitslose Arbeiterinnen. Bei der katastrophalen Lage der Gemeinden aber würden Wohlfahrtsunterstützungen nur selten und in ganz geringem Umfange gewährt werden und die Not der arbeitslosen Tabakarbeiter(innen) würde und müßte bei Entziehung der Sonderunterstützung die schlimmsten und traurigsten Formen annehmen. Die Entziehung der Sonderunterstützung wäre aber auch deshalb eine große Ungerechtigkeit und Härte, weil die noch vorhandenen rund 300 verdienstgeschädigten bzw. arbeitslosen Tabakarbeiter(innen) Opfer der Tabaksteuergesetzgebung geworden sind, indem ein Teil der anfalligen Zigarrenfabrikanten bei der angeblich durch die Tabaksteuererhöhung notwendig gewordenen Fabrikationsumstellung in rücksichtsloser Weise berufsfremde Kräfte eingestellt hat, sie selbst aber als berufsständige Tabakarbeiterinnen arbeitslos auf der Straße gelassen sind. Die vorgenannten Versammelten richten deshalb an die Reichsregierung die dringende Bitte und den Wunsch, von Maßnahmen innerhalb der neuen Notverordnung, die die Entziehung der Sonderunterstützung in sich bergen, in Anbetracht dessen, daß es sich bei den Tabakarbeitern schon an und für sich um die Ärmsten der Armen handelt, abzusehen.

Im Anschluß hieran wurde noch eine Resolution angenommen, die sich mit dem Entzug der Arbeitslosenunterstützung an jugendliche unter 21 Jahren und mit der Bestimmung der neuen Notverordnung befaßt, daß verheiratete Arbeiterinnen Arbeitslosenunterstützung in Zukunft (ab 1. 7. 31) nur noch nach Prüfung der Bedürftigkeit erhalten sollen. Die Resolution hat folgenden Inhalt:

„Die am Mittwoch, dem 10. Juni 1931, in Oppeln (Oberschlesien) versammelten arbeitslosen Tabakarbeiter(innen) von Oppeln und Umgebung protestieren auf das schärfste gegen die in der neuen Notverordnung vorgesehene Ausschließung der jugendlichen Arbeitslosen unter 21 Jahren von der Arbeitslosenunterstützung. Die Versammelten erblicken in der Ausschaltung der Jugendlichen vom Bezug der Arbeitslosenunterstützung eine ungeheure Gefährdung der Jugendlichen im allgemeinen und eine Bedrohung des Jugendschutzes im besonderen. Neben

den Arbeitslosen überhaupt leiden ganz besonders die Jugendlichen unter dem Druck der Arbeitslosigkeit, ihnen aber auch noch die Unterstützung entziehen, siehe, die Jugendlichen sich selbst überlassen. Die Folgen hieraus aber würden und müßten so verheerend und zwar nicht allein für die Jugendlichen sein, daß kein Protest gegen diesbezügliche Bestimmungen der neuen Notverordnung scharf genug sein kann. Die Versammelten erwarten daher von der Reichsregierung noch nachträglich Einsicht genug, daß die Bestimmung der neuen Notverordnung, wonach die jugendlichen Arbeitslosen von der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen werden sollen, wieder beseitigt wird. Weiter protestieren die Versammelten mit aller Entschiedenheit gegen die Bestimmungen der neuen Notverordnung, welche für verheiratete Arbeiterinnen die Voraussetzungen zum Bezug der Arbeitslosenunterstützung erschweren. Mit der Einführung der Bedürftigkeitsprüfung verliert die verheiratete arbeitslose Arbeiterin den Rechtsanspruch auf die Leistungen der Arbeitslosenversicherung, zu welcher sie Pflichtbeiträge leisten mußte. Die Versammelten erblicken hierin eine Entrechtung der verheirateten Arbeiterin als gleichberechtigte Staatsbürgerin, die geeignet ist, die Rechte der Frau im allgemeinen zu erschüttern. Vor allem aber halten die Versammelten diese Bestimmungen der neuen Notverordnung, die sich nach den gemachten Erfahrungen bei der Krisenfürsorge für die arbeitslosen verheirateten Arbeiterinnen praktisch so auswirken wird, daß Arbeitslosenunterstützung nur in wenigen Fällen gezahlt wird, für ungerecht und wirtschaftlich unhaltbar. Die verheiratete Arbeiterin ist mit ganz wenigen Ausnahmen zur Mitarbeit gezwungen, weil der Mann sie und die Familie allein einfach nicht ernähren und unterhalten kann. Reicht kaum der gemeinsame Verdienst von Mann und Frau aus, den Haushalt aufrechtzuerhalten, so ist die Not doppelt groß, wenn die Frau im Falle der Arbeitslosigkeit entweder gar keine oder nur einen Bruchteil der Arbeitslosenunterstützung erhalten soll. Die verheiratete Arbeiterin muß in der durch die Bestimmungen der neuen Notverordnung gegebenen teilweisen Verlagerung der Arbeitslosenunterstützung neben der Entrechtung eine Bestrafung für ihre Mitarbeit in der Familie erblicken und die Versammelten protestieren ganz entschieden gegen eine solche Ausnahmebestimmung der verheirateten Arbeiterinnen. Die Versammelten sind der Meinung, daß es noch andere Wege und Mittel gibt, die Reichsfinanzen zu sanieren, als durch Entziehung der Unterstützung der jugendlichen Arbeitslosen und durch Erschwerung der Voraussetzungen zum Bezug der Arbeitslosenunterstützung der verheirateten Arbeiterinnen. Die Versammelten stehen auf dem gleichen Standpunkt wie die Spitzenorganisationen, welche wiederholt darauf hingewiesen haben, daß es zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise vor allem notwendig ist, die besitzenden Kreise zur Tragung der Lasten stärker als wie bisher heranzuziehen. Die versammelten Tabakarbeiter(innen) erwarten daher von der Reichsregierung, daß die vorgenannten Bestimmungen der Notverordnung nicht in Kraft gesetzt werden.“

Mit der dringenden Ermahnung an die Versammelten, aus all diesen Vorgängen die richtige Lehre zu ziehen, nämlich, noch fester und einiger im Verband zusammenzuhalten und noch mehr als bisher für den Verband zu werben, wurde diese Protestversammlung geschlossen.

Trier. In den am 11., 15. und 16. Juni stattgefundenen Kundgebungen der Zahlstelle Trier wurden durch die Funktionäre, die die arbeitslosen Mitglieder der Zahlstelle folgende Entschlüsse einstimmig gefaßt, die inzwischen allen in Frage kommenden Instanzen übermittelt wurden:

„Wie in der Notverordnung vom 5. Juni vorgesehene Aufhebung der Sonderunterstützung für Angehörige des Tabakgewerbes bedeutet für die durch das Tabaksteuergesetz vom 18. Dezember vergangenen Jahres schwer geschädigten Tabakarbeiter eine soziale Brutalität. Der starke Rückgang, beispielsweise des Zigarettenverbrauchs von 8,8 auf 4 Milliarden Stück während eines einzigen Vierteljahres, als unmittelbare Folge eines Verbotes des Verkaufes von Einzelzigaretten, ist der schmerzhafteste aber auch fürchtbare Beweis einer sozialen Umschichtung der Tabakarbeiterchaft, deren Folgen seit Jahren sich steigende Notlage ist. Bisher hat die Tabakarbeiterchaft vorbildliche Disziplin gegenüber den staatlichen Maßnahmen gewährt, auch wenn diese sich in erhöhtem Maße immer und immer wieder gegen ihre sozialen und wirtschaftlichen Interessen gewandt haben. Diese Disziplin muß naturgemäß ihr Ende finden dann, wenn wie in der Notverordnung die Absicht wahrgemacht wird, die durch fehlerhafte gesetzgeberische Maßnahmen entstandenen Einnahmeausfälle für das Reich teilweise dadurch auszugleichen, indem man die Arbeiterchaft in ihren verminderten Existenzfähigkeiten das Produkt der heutigen sozialen Ordnung, aller wirtschaftlichen Möglichkeiten herabst. Und dieses, kurz nachdem der Gesetzgeber durch Gesetzesakt die Absicht nach einer „ausreichenden“ Unterstützung dokumentiert hat. Dieser, durch die Notverordnung wahrgemachte Wortbruch der Reichsregierung ist nicht nur eine soziale Brutalität, sondern eine unsittliche Tat, die sicherlich nicht dazu angetan ist, den Gedanken des Staates zu fördern. Wir fordern deshalb mit zwingendem Recht die Einlösung des durch die Reichsregierung gegebenen Versprechens, das heißt, die Aufrechterhaltung der Sonderunterstützung für die Tabakarbeiterchaft.“

„Die Belegschaft der Firma Zigarettenfabrik Haus Feuerburg protestiert in einer Massenversammlung gegen den Abbau der Sonderunterstützung für die Arbeitnehmer des Tabakgewerbes. Seit Jahren durch Tabaksteuergesetzgebung in der Existenz bedroht, stehen wir durch Tabaksteuergesetz vom Dezember vergangenen Jahres vor dem Nichts. Die Einhaltung eines gegebenen Versprechens ist besondere Pflicht, auch des Staates. Unsere Forderung auf Weitergewährung der Sonderunterstützung besteht, unter Berücksichtigung der schweren wirtschaftlichen Schäden, die uns die Tabaksteuergesetzgebung verursacht hat, zu Recht. Die Maßnahmen zur Hebung der Produktion, besonders in der Zigaretta-

Verindustrie, so, wie dieselben in der Notverordnung vom 5. Juni vorgehen sind, können uns nicht befriedigen. Der Gesetzgeber hat uns der Möglichkeit beraubt, von unserer Arbeitskraft in notwendigem Maße Gebrauch zu machen. Erhaltung der Sonderunterstützung und Wiedereinführung des Einzelverkaufes von Zigaretten fordern wir mit allem Nachdruck. Wir sind nicht gewillt, die Ablehnung unserer Forderungen ohne weiteres hinzunehmen."

"Die arbeitslosen Mitglieder der Ortsverwaltung Trier wenden sich mit Entrüstung gegen die Bestimmungen der Notverordnung, die ihnen die berechtigte Sonderunterstützung raubt. Sie bitten die Reichsregierung davon Kenntnis zu nehmen, daß ihnen mit der Zuweisung von Arbeit mehr gedient wäre, als auf Unterstützung angewiesen zu sein. Doch sind es ja gerade die gesetzgeberischen Maßnahmen der Reichsregierung gewesen, die uns brotlos gemacht haben. Wenn man uns nun auch noch die durch Gesetzeskraft verbürgte Unterstützung raubt, dann beweist die Reichsregierung ihren antisozialen Charakter damit zur Genüge. Für uns waren und sind die Folgen der Tabaksteuererhebung die Ursache unserer wirtschaftlichen und sozialen Not. Das Versprechen einer „ausreichenden“ Unterstützung für einen gewissen Zeitraum hat uns bis jetzt die Kraft gegeben, die notwendige Disziplin gegenüber den Maßnahmen der Reichsregierung zu bewahren. Wie ein Hohn auf die von uns aufgebrauchte Disziplin wirkt es jedoch, wenn ausgezeichnet wir allein die Folgen der Tabaksteuererhebung tragen sollen. Auch wir sind der Ansicht, daß das Reich zu erheblichen Sparmassnahmen gezwungen ist. Wenn aber schon gespart wird, dann können wir verlangen, daß auch an der richtigen Stelle gespart wird. Die Möglichkeit der Einsparungen beispielsweise am Wehretat und den hohen durch nichts zu rechtfertigenden Pensionen, sind noch lange nicht erschöpft. Wenn uns die Reichsregierung nicht in der Absicht beharren lassen will, daß man uns die Sonderunterstützung nur deshalb versprochen hat, damit wir unsere Entlassung ruhig hinnehmen sollen, dann kann die Regierung nichts anderes, als unserer Forderung nach Weitergewährung der Tabaksteuerunterstützung gerecht zu werden. Der Gesetzgeber hat uns brotlos gemacht. Wir verlangen nun von ihm, daß er sein Versprechen hält. Solange keine Aussicht für uns besteht, wieder im Produktionsprozeß unterzukommen, solange besteht die Verpflichtung des Reiches, uns die versprochene Unterstützung weiterzugewähren."

An die Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes!

Kolleginnen und Kollegen!

Im Dezember vorigen Jahres (siehe „Tabak-Arbeiter“ Nr. 52) haben Vorstand, Beirat, Ausschuß und Gauleiter des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes beschlossen, daß Mitglieder, die auf Grund der Verordnung über Entschädigung und Unterstützung im Tabakgewerbe vom 18. Dezember 1930 Sonderunterstützung beziehen, für die Dauer des Bezuges von Sonderunterstützung keinen Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung des Verbandes haben und verpflichtet sind, regelmäßig die vorgeschriebenen Verbandsbeiträge zu zahlen.

Dieser Beschluß ist — sofern es nicht doch noch gelingen sollte, die Sonderunterstützung für Tabakarbeiter ganz oder teilweise zu erhalten — durch das Inkrafttreten der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juni 1931 gegenstandslos geworden. Mit Wirkung vom 1. Juli d. J. an gelten demnach die statutarischen Bestimmungen über Beitragsleistung und Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitslosigkeit wieder ohne jede Einschränkung.

Der Vorstandsvorsitzende,

J. A. Ferdinand Husung.

Bekanntmachungen

Am 27. Juni ist der 26. Wochenbeitrag fällig
Folgende Gelder sind eingegangen:

- 12. Juni. Strehlen 60.—, Nordhausen 1000.—.
- 13. Al.-Krohnburg 100.—, Braunsberg 100.—, Ueterßen 80.—.
- 15. Reilngen 200.—, Jauer 110.—.
- 16. Soest 50.—, Regensburg 400.—.
- 17. Rothbus 20.—, Treffurt 600.—, Bünde 3000.—, Freistett 100.—, Heidenheim 200.—, Trier 500.—.
- 18. Lübbede 600.—.
- 20. Nordhausen 500.—, Danzig 200.—.

Bremen, den 22. Juni 1931.

J. Krohn.

Ausgeschlossen nach § 14 des Statuts wurden:

- Die Zigarettenpackerin Erna Peters in Hamburg, geb. 9. 01, eingetr. 30. 4. 27.
- Die Tabakarbeiterin Babette Brühler in Heidelberg-Sirchheim, geb. 10. 4. 97, eingetr. 1. 10. 27.

Ergebnis der Delegiertenwahlen

Bei der Wahl der Delegierten und Ersatzleute in der Woche vom 7. bis zum 13. Juni 1931 sind gewählt worden:

Zum Internationalen Tabakarbeiter-Kongreß in Stockholm:

Wahlkreise	als Delegierte	als Ersatzpersonen
1.	Wilhelm Borghard (Herford)	Bruno Carstedt (Hamburg)
2.	Albert Koch (Nordhausen)	Georg Fischer (Berlin)
3.	Marie Wolf (Speyer)	Heinr. Schomburg (Heidelberg)
4.	Mag. Clement (Dresden)	—
Verbandsvorsitzende: Johannes Krohn (Bremen)		Otto Wenzel (Bremen)

Zum Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M.:

Wahlkreise	als Delegierte	als Ersatzpersonen
1.	Heinrich Hüffmeier (Bünde)	Bruno Carstedt (Hamburg)
2.	Albert Koch (Nordhausen) *)	Georg Fischer (Berlin)
3.	Heinrich Schomburg (Heidelberg)	Marie Wolf (Speyer)
4.	Emanuel Langner (Breslau)	Mag. Clement (Dresden)
Verbandsvorsitzende: Ferdinand Husung (Bremen)		Otto Wenzel (Bremen)

*) Da der Kollege Albert Koch verzichtet hat, tritt an seine Stelle als Delegierter zum Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M. der Kollege Georg Fischer (Berlin).

Die Zentral-Wahlprüfungskommission.
J. A. Wilhelm Wiemken.

Gestorben sind:

- Am 23. Mai der Zigarettenarbeiter Ferdinand Jochen, 42 Jahre alt (Zahlstelle Hannover).
- Am 24. Mai die Zigarrenarbeiterin Minna Ladiges (Altona), 36 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
- Am 27. Mai der Rauchtobakarbeiter Hermann Wriedt, 52 Jahre alt (Zahlstelle Rostock).
- Am 30. Mai die Tabaklöserin Mary Wegener, 31 Jahre alt (Zahlstelle Hannover).
- Am 30. Mai ist die Zigarrenarbeiterin Selma Wießner (Koswein), 72 Jahre alt, Zahlstelle Frankenberg.
- Am 1. Juni der Tabakspinner Christian Nielsen, 47 Jahre alt (Zahlstelle Hann.-Münden).
- Am 7. Juni die Kollegin Therese Voigt, 25 Jahre alt (Zahlstelle Würzburg).

Ehre ihrem Andenken!

Unserem Kollegen

Friedrich Graf

zu seinem am 28. d. Mts. stattfindenden

70. Geburtstage

die besten Glückwünsche

Zahlstelle Ansbach

Gibt ausgelesene

„Tabak-Arbeiter“
an unorganisierte Kollegen
und Kolleginnen weiter!

Sumatra-Decker

Ein Ausnahme-Angebot!

Del Ba My / Pad Brahrang
Nr. 635. 1. Länge Vollblatt 2.95
per 1/2 kg verzollt *R.M.*
Schöne, helle bis mittlere Farben!
Sehr feine Qualität!
Ganz enorm deckfähig!
Schneeweißer Brand!

Ein Versuch überzeugt bestimmt

Eine mehr als 30jährige Praxis verbürgt einwandfreie Bedienung. Versand unter Nachnahme gegen Berechnung des Portos. Ab 50 Pfund franko Lieferung nach jeder Bahnstation unter Nachnahme. Nur an angemeldete Verarbeiter, Betriebsnummer aufgeben.

Knoll & Co Bremen

Postscheck Hannover 49 548

Gummiwaren Hygien. Artikel. Preis. T 2 gratis. „Medicus“
Berlin SW 68, Alte Jacobstraße 8



Billige böhmische Bettfedern!

Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschliss. 2.50 M, halbweiße 3 M, weiße 4 M, bessere 5 M, 6 M, daunenweiche 7 M, 8 M, beste Sorte 10 M, 12 M, weiße, ungeschlissene Ruffedern 6.50 M, 7.50 M, beste Sorte 9.50 M. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. — Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)

Arbeitslosenversorgung in der Notverordnung

Die Regelung, die die Arbeitslosenversorgung in der Notverordnung findet, ist von einer außerordentlichen Härte. Das gilt für die ungeheuren Abstriche an den Unterstützungen, wie für die zahlreichen kleinen und großen, für die Lösung des Gesamtproblems völlig zwecklosen Boshheiten, mit denen wohl weniger die Regierung, als ein kleinlicher Bürokratengeist die Notverordnung ausgestattet hat. Jeder kleine, boshafte Vorschlag, den irgendwer in irgendeinem Ministerium seit langem auf Lager hatte, ist schnell noch in die Notverordnung hineingearbeitet worden. Oder glaubten diese Herrschaften, die großen Abstriche an der Unterstützung genügten noch nicht, das Millionenheer hungernder Arbeitsloser aufzupeitschen? Diese Bemerkung gilt sowohl von der heute völlig sinnlosen Beseitigung der neunwöchigen Schutzfrist für den Facharbeiter, wie von der Einführung der Pflichtarbeit für alle Arbeitslosen und die Beseitigung der bisherigen Schranken für die Pflichtarbeit in einer Zeit, wo Millionen nach Arbeit schreien. Das gilt ebenso für die Wiedereinführung der Bestimmung, daß die Lohnklasse sich nicht aus den letzten 26, sondern aus den letzten 13 Wochen berechnet. Diese 13wöchige Berechnungsperiode war früher eine sehr vernünftige Regelung. Heute führt man sie jedoch nur deshalb wieder ein, weil dadurch immer die letzten Lohnsenkungen auch die Lohnklasse senken. Kleinlich ist obendrein die Bestimmung, wonach der Vorsitzende von sich aus anordnen kann, daß gelegentlich auch statt 13 wiederum 26 Lohnwochen die Lohnklasse bestimmen, nämlich dann, wenn sonst etwa doch ausnahmsweise einmal eine höhere Lohnklasse herauspringen könnte.

Kleinlich ist die Bestimmung, daß verheiratete Frauen nur unterstützt werden können, wenn ihre „Bedürftigkeit“ feststeht, obwohl der gleiche Zweck schon bisher weitgehend durch den § 75a und durch die Anrechnung des Einkommens der Ehegatten erreicht wurde. Verhängnisvoll ist die Bestimmung, die künftig den Hauswirt auf das Arbeitsamt heßt, damit dieses als Pfändungsinstitut dem Hausbesitz zuliebe rückständige Mietbeträge von der sonst als unpfändbar erklärten und obendrein stark gekürzten Unterstützung abzieht. Boshaft und das Arbeitsrecht verlegend ist, daß künftig alle auf Grund des Betriebsrätegesetzes gezahlten Entschädigungen und Abfindungen voll auf die Unterstützungen anzurechnen sind. Kleinlich und kurzfristig ist die Bestimmung, wonach Krisenunterstützung zurückgezahlt werden muß. Kein Mensch glaubt, daß von den Millionen armer Teufel, die mehr als ein halbes und oft mehr als ein Jahr arbeitslos sind, je die Krisenunterstützung zurückgezahlt wird oder werden kann. Der Vater dieses Gedankens hätte sich einmal bei den Wohlfahrtsämtern informieren sollen, wieviel Wohlfahrtsunterstützung tatsächlich wieder zurückgezahlt wird.

Soweit eine Reihe der Bestimmungen, die den Kleinlichen, schikanösen Geist der „Reform“ zeigen. Der Arbeitsminister war schlecht beraten, als er sich auf diesen Weg drängen ließ. Als ob sich nicht schon ohnehin gerade genügend Zündstoffe ergeben müßten! Es handelt sich um das Problem der Finanzierung der Arbeitslosenversorgung. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes läßt vermuten, daß bei einem Beitrag von 6½ v. H. in der Arbeitslosenversicherung ein Fehlbetrag für das Haushaltsjahr 1931 von etwa 400 Millionen Mark entsteht. Der Fehlbetrag bei der Krisenfürsorge ist mit etwa 250 Millionen Mark einzuschätzen.

Die Notverordnung geht davon aus, daß von der Einnahmeseite her der Arbeitslosenversicherung nicht geholfen werden kann. Der Ertrag der Krisensteuer soll vornehmlich zur Deckung der für die Krisenfürsorge fehlenden Beträge und mit etwa 140 Millionen Mark zur Förderung der Arbeitsbeschaffung, in Wirklichkeit zur Subventionierung bestimmter Unternehmungen, dienen. Abgelehnt ist auch eine weitere Sinauffsetzung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages, so daß für die völlig auf sich gestellte Arbeitslosenversicherung 400 Millionen Mark an den Ausgaben einzusparen wären. Vom 1. Juli bzw. für die bisherigen Bezüge vom 13. Juli an soll allen Arbeitslosen die Unterstützung ungeheuerlich verkürzt werden. Für die mehr als 3 Millionen Bezüher von Arbeitslosenunterstützung und Krisenfürsorge auf dem Wege über die Abänderungen der Arbeitslosenversicherung, für die eine Million Wohlfahrtsarbeitsloser auf dem Wege über Eingriffe des Reichs in die Fürsorgepflichtverordnung. Diese Ersparungen sollen dadurch herbeigeführt werden, daß die Unterstützungssätze sowohl in der Arbeitslosenversicherung wie in der Krisenfürsorge um 8 bis 15 v. H. heruntergesetzt werden. Die erste Erklärung der Regierung hatte irreführenderweise von einer „5prozentigen Kürzung des Einheitslohnes“ geredet. Tatsächlich senken sich die Unterstützungssätze in folgender Weise:

Lohnklasse	Einheitslohn		Bisherige Sätze		Jetzige Sätze		mithin weniger
	M	Prozent vom Einheitslohn	M	Prozent vom Einheitslohn	M	Prozent vom Einheitslohn	
I	8,—	75	6,—	70	5,60	70	0,40
II	12,—	65	7,80	60	7,20	60	0,60
III	16,—	55	8,80	50	8,—	50	0,80
IV	21,—	47	9,87	42	8,82	42	1,05
V	27,—	40	10,80	35	9,45	35	1,35
VI	33,—	40	13,20	35	11,55	35	1,65
VII	39,—	37,5	14,63	32,5	12,67	32,5	1,96
VIII	45,—	35	15,75	30	13,50	30	2,25
IX	51,—	35	17,85	30	15,30	30	2,55
X	57,—	35	19,85	30	17,10	30	2,75
XI	63,—	35	22,05	30	18,90	30	3,15

Splitter und Balken

Roman von Hedda Wagner (Nachdruck verboten.)

III.

Gertha stand und starrte eine Weile leer vor sich hin. In ihrem Kopfe wirbelte es durcheinander von Gedanken und Erklärungsversuchen. Ohne Zweifel: jemand hatte sich einen abscheulichen Scherz mit Ernst erlaubt! Und doch: wie war es möglich, daß jemand das Spiel so weit treiben konnte, um nicht alles aufzuklären, sobald er sah, daß ein Unschuldiger entehrenden Verdacht zu tragen hatte? Schämte er sich so stark, daß er schwieg? Aber wer — wer war es?! — Wer war zu so etwas imstande?

Sie begann unruhig im Zimmer hin und her zu gehen, grübelnd, sich immer mehr verwirrend. Es war doch ein Kreis von guten Bekannten zusammen gewesen — lauter Befreundete. Die dicke Mela, ihre Pensionatsfreundin, mit der sie hier als Frau wieder zusammengetroffen war? Oder der stets übermütige Graf? Er war ein wenig unbesonnen — vielleicht hatte er seine Tante die bloß ängstlichen wollen! Aber warum dann die Sache so auf die Spitze treiben?

Gertha bekam heftige Kopfschmerzen; die Erschütterung wirkte nach. Sie zwang sich selber zur Ruhe. Der Generaldirektor schien etwas zu vermuten. Weil nur er an Ernst glaubte! Wenn er

meinte, er könne helfen — durfte sie dann nicht ruhiger, vertrauender sein? Er war ihr sonst nicht besonders sympathisch gewesen; seine selbstbewußte Art, hin und wieder ein triviales Wort, hatten sie abgestoßen. Aber er war der mächtige Vorgesetzte ihres Gatten — und ihm offenbar gut gesinnt... Gertha empfand jetzt fast etwas wie Sympathie für ihn.

Wenn man aber den Beweis von Ernsts Unschuld nicht führen konnte? Gräfin Marenzi war als Pseudertasche weit und breit bekannt. Sie würde alles tun, um sie beide unmöglich zu machen. Wieder stieg qualvolle Angst in Gertha auf.

Sie schlüpfte hinaus auf den Gang; da war es still und noch dunkel. Sie drehte das Licht auf, ordnete mechanisch die im Schirmständer lehrenden Stöcke, streifte über den Mantel ihres Gatten, alles wie geistesabwesend. Nirgends fand sie Raft und Ruhe. Dort war die Tür von Ernsts Zimmer... Sie schlich hin — lauschte — nichts rührte und regte sich drinnen.

„Ernst — —“ flüsterte sie — und wieder stieg das Weinen hoch in ihrer Kehle. „Ernst — — hörst du mich?“

Nichts regte sich drinnen. Eine plötzliche furchtbare Angst überflutete sie. Laut rief sie ihres Gatten Namen.

Da — jetzt kam Antwort.

„Gertha — — laß mich allein... Es ist besser so!“

Sie begriff: jetzt konnte und wollte er niemand, niemand um sich haben — jetzt mußte er allein sein.

Und wieder ging sie zurück ins Schlafzimmer. Dort sah alles noch so festlich und heiter aus. Mechanisch begann sie abzuräumen,

Da die Sätze für die Zuschlagsempfänger in derselben Höhe wie bisher bleiben, würde der in der Tabelle gezeigte Abzug in gleicher Höhe Ledige und Familienväter treffen. Er trifft natürlich auch die Unterstützten, die nach § 105a (Senkung der Lohnklasse, wenn in den letzten 52 Wochen Unterstützung bezogen wurde) die gekürzte Unterstützung beziehen, ebenso die Krisenunterstützten.

Sinzu kommt, daß die Wartezeit ganz allgemein um eine Woche auf 14 Tage resp. 21 Tage verlängert wird, für kinderreiche Familien (4 und mehr Zuschlagsempfänger) von 3 auf 7 Tage, und daß sich bei vorausgegangener Kurzarbeit künftig die Lohnklasse dadurch senkt, daß nur Arbeitszeitverkürzungen bis auf weniger als 40 Arbeitsstunden vollgerechnet werden. Weiter tritt hinzu, daß grundsätzlich die Unterstützung für Jugendliche bis zu 21 Jahren beseitigt wird, sofern ihnen ein familienrechtlicher Unterhaltsanspruch zusteht. Betroffen werden von letzterem mehr als 120 000, wahrscheinlich sogar erheblich mehr, Unterstützungsempfänger im Alter bis zu 21 Jahren.

Noch unmöglicher ist die Regelung der Unterstützung bei den sogenannten Saisonarbeitern. Obwohl praktisch der früher gewohnte Begriff des Saisonarbeiters infolge der Wirtschaftskrise überhaupt fast völlig verloren ging, soll für mehr als ein Drittel aller Unterstützungsbezieher die Unterstützung noch weit über das oben dargestellte Maß hinaus verkürzt werden. Während bisher der Saisonarbeiter nur in der Zeit der sogenannten berufsüblichen Arbeitslosigkeit, d. h. für eine Spanne von 3½ Monaten im Jahre, die reduzierte Saisonarbeiterunterstützung erhielt, soll er jetzt während des ganzen Jahres nur die reduzierten Sätze erhalten, die obendrein noch erheblich verschlechtert sind gegenüber den bisher in der Saisonarbeiterunterstützung geltenden Sätzen. Zudem muß beachtet werden, daß das Arbeitsministerium eine weitere Verschlechterung der Krisenunterstützung auf dem Verordnungswege plant.

Darüber hinaus wird jede Rechtsgarantie für die Versicherungsleistung grundsätzlich dadurch beseitigt, daß künftig der Vorstand der Reichsanstalt die Pflicht haben soll, Einnahmen und Ausgaben durch selbständige Beschlüsse auszugleichen. Er kann auf Darlehensmittel nicht zurückgreifen und soll daher ermächtigt sein, gegebenenfalls den Beitrag zu ändern und die Unterstützung noch weiter zu verschlechtern. Er hat für seine Beschlüsse nur eine Grenze: er darf die Unterstützungsleistung nicht unter die Sätze der Krisenunterstützung senken. Er darf auch die Höchstdauer der Unterstützung kürzen. Ein geschickter Schachzug der Regierung! Man will für die Zukunft den Streit über die Höhe der Versorgung des Arbeitslosen loslösen von den politischen Instanzen und sie verlagern in die geheimen Sitzungen des Vorstandes der Reichsanstalt.

Soweit die wesentlichsten Bestimmungen der Notverordnung. Es sind nicht alle. Sinzu kommt die Absicht, die Heimarbeiter weitgehend aus der Versicherung herauszubringen, die Freizügigkeit dadurch einzuschränken, daß den aus den kleineren Orten in die größere Stadt Zugereisten ein voller Unterstützungsanspruch erst dann zusteht, wenn er mindestens ein volles Jahr in dieser Stadt wohnhaft war. Ist diese Frist nicht erfüllt, so beschränkt sich der Unterstützungsanspruch nur auf 4 Wochen

und den Rest der Unterstützung kann er nur im früheren Wohnort geltend machen. Die Notverordnung sorgt auch dafür, daß die zurzeit geltenden Bestimmungen über den Unterstützungswohnsitz dahingehend abgeändert werden, daß nicht etwa der dadurch in seinem Versicherungsanspruch beschränkte Arbeitslose die gemeindliche Wohlfahrtspflege in Anspruch nehmen kann.

Diese Bestimmungen sollen im laufenden Haushaltsjahr (bis Ende März 1932) eine Einsparung von etwa 400 Millionen Mark ergeben. Daß angesichts der katastrophalen Wirtschafts- und Finanzlage Opfer gebracht werden müssen, verkennt niemand. Aber das Opfer muß ein allgemeines sein. Diesen Weg geht die Notverordnung nicht. Sie belastet völlig einseitig Arbeiter und Beamte und sucht den Weg über eine einfach unmögliche Beschränkung der Sozialleistungen. Am meisten belastet sie die Millionen von Arbeitslosen, die Opfer einer von den Unternehmern betriebenen falschen Wirtschaftspolitik. Die Notverordnung schont auf der anderen Seite den Besitz, den sie zum Teil noch durch neue Subventionen unterstützt. Sie läßt die Landwirtschaft in weitem Umfang krisensteuerefrei und läßt die Arbeitslosen der Landwirtschaft außerdem weitgehend durch die Beiträge der Industriearbeiterschaft unterstützen, um zu gleicher Zeit eine gesamtwirtschaftlich immer verhängnisvollere Schutzpolitik zugunsten der Landwirtschaft zu treiben. Glaubte die Reichsregierung wirklich, auf diesem Wege die schwierige Lage Deutschlands überwinden zu können? So geht es nicht. Die Arbeitslosenversorgung läßt sich anders regeln, als die Bestimmungen der Notverordnung es wollen.

Die Wirtschaftsmacht der Vermögenslosen

Am 8. Juni und die folgenden Tage fand in dem großen Saale der Stadthalle zu Magdeburg der diesjährige Genossenschaftstag statt. Dort waren 306 Konsumvereine und Organisationen mit 804 stimmberechtigten und 300 nichtstimmberechtigten Delegierten. Außerdem waren zahlreiche Gäste der Behörden, der Gewerkschaften, der Arbeiterbank, der Dewog, der übrigen genossenschaftlichen Spitzenverbände und der ausländischen Genossenschaften anwesend. Die große Versammlung war der Ausdruck einer Wirtschaftsmacht ersten Ranges. Wenn die kapitalistische Wirtschaft in allen Fugen kracht, Glieder derselben hier und da durch den rücksichtslosen Konkurrenzkampf ausgeschaltet werden und daneben Mutlosigkeit auf allen Gebieten zu verzeichnen ist, so wirkt es erhebend, einen starken Wirtschaftskörper vertreten zu sehen, der ungebeugt, stark und frei sich nach wie vor zu entfalten vermag. Zwar leiden auch die Konsumgenossenschaften unter der Krise. Dies ist kein Wunder, wenn die Kaufkraft der Mitglieder durch Lohn- und Gehaltsabzug, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit usw. in solchem Maße geschwächt ist. Aber dessen ungeachtet haben die Führer der Verbraucherorganisation den Mut keineswegs verloren. In Magdeburg kam der starke Wille zum Ausdruck, unter allen Umständen diese Wirtschaftsmacht der Vermögenslosen zu schützen und um ihre weitere Entwicklung besorgt zu sein.

alles in Ordnung zu bringen. So ging sie eine Weile zwischen Küche und Zimmer hin und her. Aber altvertraute Griffe wurden ihr zur Qual und ihre Hände waren felsam schwer und müde. Und immer wieder diese Todesangst.

Und dann — auf einmal, nachdem sie sich über eine halbe Stunde so abgequält hatte: plötzliches Rassel und Pfauen des Autos vor der Verandatür.

Der Motor wurde abgestellt. Sie sah durchs Fenster, wie der Chauffeur abstieg, den Schlag öffnete — und wartend stehen blieb.

Mit eiskalten Händen tastete Hertha nach ihrem großen himmelblauen Wolltuch, das sie an kühlen Abenden im Garten zu tragen pflegte. Sie nahm sich nicht mehr Zeit, einen Mantel anzuziehen, obwohl die Abende in diesem frühzeitigen Herbst schon empfindlich kühl waren. Sie griff nach dem, was am nächsten zur Hand war. Und während sie die Verandastufen hinabschritt, pochte ihr Herz in wilden, ungestümen Schlägen, daß sie es schmerzhaft im ganzen Körper empfand. . . .

Erschöpft, wie von langer Wanderung, fiel sie in die Polster des Wagens zurück. . . . Der Motor lief an — und rasch begann der Wagen dahinzugleiten.

An dem mächtigen, Diplomaten Schreibtisch aus dunklem Mahagoni, der vor dem breiten Fenster seines Arbeitszimmers stand, saß van Limmen und schrieb. Er überlas zweimal, was er geschrieben hatte, nickte billigend mit dem Kopf und legte den

Brief sorgfältig in ein Kuvert, das er jedoch nicht verschloß. Dann zog er aus der Brusttasche ein kleines, blaßgraues Blatt, las es wieder — und ein dämonisches Lächeln überflog seine Züge. Dann legte er das Blatt neben den Brief.

Er lehnte sich zurück und sah vor sich hin auf einen Punkt im bunten Muster des Täbris, der den ganzen Boden bedeckte. Seine Aufmerksamkeit war nach innen gekehrt. Er ging seinen Plan durch. . . .

Er läutete. Sein Diener erschien.

„Ich bin bis morgen vormittag für niemand zu sprechen — auch nicht für die Frau Generaldirektor!“

Lautilus wollte der Diener sich zurückziehen. Ein Ruf van Limmens rief ihn zurück. „Sie führen die Dame, die sogleich kommen wird, hierher — — dann sind Sie für heute dienstfrei!“

Als van Limmen wieder allein war, ging er ins Nebenzimmer, öffnete ein Fenster und schaute über die nachtdunklen Wipfel des Parkes hinweg, der seine prunkvolle Villa mit dem kleinen Haus verband, in dem Ernst Withold wohnte. Die Straße, die durch den Park führte, war nur stellenweise sichtbar. Jetzt hörte er das leise Surren eines anrollenden Autos. . . .

Ruhig schloß er das Fenster und kehrte an seinen Schreibtisch zurück. Ein Ausleuchten des Triumphes zuckte in seinen sonst so kalten Augen auf. Nun hielt das Auto auf dem Kiesweg unter seinen Fenstern. Nun hörte er die Türe gehen — — leichte Schritte klangen auf der Treppe — — sie standen still — — die Vorzimmertür öffnete sich geräuschlos.

In seiner Begrüßungsansprache rechnete der Vorsitzende des Genossenschaftstages Heinrich Lorenz mit den Gegnern der Konsumgenossenschaften gründlich ab. Lorenz hob hervor, daß das Volk bei vollen Speichern und Ägern darbt und an Mangel und Not leidet. Wir sind inmitten einer Weltwirtschaftskrise, der Kapitalismus hat versagt. Die Genossenschaften sind beim Preisabbau in vorbildlicher Weise vorangegangen. Aber durch die gegenwärtige Zollpolitik wird die Lebenshaltung des Volkes wieder erheblich verteuert. Das Volk kann die Lasten des Lohn- und Gehaltsabbaues, der Erwerbslosigkeit und der Verteuerung der Lebenshaltung nicht mehr ertragen. Es will Arbeit und Brot. Es wird wahrlich Zeit, daß etwas geschieht. Die Erparnisse werden aufgezehrt. War Ende 1929 gegenüber dem Vorjahr noch ein Zuwachs der Spareinlagen von 26 v. H. zu verzeichnen, so ging dieser im Jahre 1930 auf 8,6 v. H. zurück. Der Staat müßte die Bestrebungen der Konsumvereine, die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder zu verbessern, anerkennen und fördern. Leben doch 90 v. H. der Mitglieder von ihrer Arbeit. Statt dessen werden die Vorteile der Mitglieder durch die Sonderumsatzsteuer geschmälert. Von bürgerlichen Volkswirtschaftlern ist diese Art von Steuerpolitik als eine Prämie auf wirtschaftliche Rückständigkeit bezeichnet worden. Lorenz forderte zum Schluß die Genossenschaftsvertreter auf, an die Beratungen heranzugehen mit dem festen und ernststen Willen, die Konsumvereine, den Zentralverband Deutscher Konsumvereine, die Großeinkaufs-Gesellschaft, die Volksfürsorge und die Eigenhilfe, dieses stolze Bollwerk genossenschaftlich-gemeinwirtschaftlicher Organisationen zu erhalten und weiter auszubauen.

In den Begrüßungsansprachen der Gäste kam die Bewunderung zum Ausdruck, die die Vertreter der Regierung und der Spitzenorganisationen für das Werk der Konsumvereine hegen. Die ausländischen Genossenschaftsvertreter geben ihrer Freude über die Entwicklung der deutschen Genossenschaften in beredten Worten Ausdruck. Zugleich konnte man aus ihren Reden die Ueberzeugung entnehmen, daß die Genossenschaftsbewegung in allen Ländern marschiert. In England wird beinahe die Hälfte der Bevölkerung von Konsumgenossenschaften versorgt. Der Jahresumsatz betrug 1930 nicht weniger als 4470 Millionen Mark. In Schweden, Belgien, Oesterreich und andern Ländern bedeuten die Konsumgenossenschaften mit ihren Spitzenverbänden ebenfalls eine ausschlaggebende wirtschaftliche Macht. Die Verbundenheit zwischen den Genossenschaften und den Gewerkschaften hob der Vertreter des ADGB, Peter Grafmann unter lebhaftem Beifall hervor. Die Zeiten der Wunder seien vorüber. Für den Aufrechten, der seine Lage und diejenige seiner Arbeitsgenossen kenne, gäbe es nur eins: die Einsicht in die eigenen und das Abmessen der gegnerischen Kräfte. In diesen schweren Zeiten heißt es nicht nur die materielle Position der Lohn- und Gehaltsempfänger zu verteidigen, sondern es sei jedem Gewerkschafter und Genossenschaftler ein größeres Gut anvertraut: Die Erhaltung und der weitere Ausbau der vorhandenen Stützpunkte, die wir in den Organisationen besitzen.

Der Bericht des Vorstandes wurde von Vollrath Klepzig gegeben. In einer groß angelegten Rede behandelte der Redner die einzelnen Ausstrahlungen dieses gewaltigen Wirtschaftsgebildes, welches im Zentralverband Deutscher Konsumvereine zusam-

mengefaßt ist. Drei Millionen Verbraucherfamilien ringen im Zentralverband um menschenwürdigere Wirtschaftsverhältnisse. Die wirtschaftliche Macht der Konsumgenossenschaften ist groß. Sie ist bedeutend größer, als die Gegner der Genossenschaften zugeben wollen. Der Umsatz der im Zentralverband vereinigten Konsumgenossenschaften stellt eine zusammengeschnittene Einheit dar, während der weitaus größte Teil des Einzelhandelsumsatzes in viele tausend Teile und Splitter zerfällt. Vor 30 Jahren war die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung noch ein zartes Pflänzchen, das im Schatten der kapitalistischen Titanen nur ein wenig beachtetes, bescheidenes Dasein führte. Drei Jahrzehnte haben ausgereicht, um aus diesem zarten Pflänzchen einen wurzelstarken Baum heranwachsen zu lassen, der einen Vergleich mit den kapitalistischen Wirtschaftsriesen nicht zu scheuen braucht. Doch stehen noch viele Millionen abseits vom Wegesrand. Sie zu überzeugen und zu gewinnen, ist die Aufgabe der Zukunft.

Das geschäftsführende Vorstandsmitglied Hugo Bästlein sprach über wirtschaftliche Angelegenheiten. Er setzte sich mit der Konsumgenossenschaftsfeindlichen Wirtschaftspolitik eingehend auseinander. Ferner begründete er die vorliegenden Entschlüsse. Ueber die Bedeutung der Eigenproduktion referierte Fischer (Leipzig). Die Genossenschaften wollen der Wirtschaft ihren richtigen Sinn wiedergeben, indem sie von den Bedürfnissen der Menschen aus und nicht von den Bedürfnissen des Kapitals her die Wirtschaft regeln. Der wichtigste Schritt zu diesem Ziel ist die von der GCB. betriebene Güterherstellung. Die genossenschaftliche Eigenproduktion ist das stärkste Gegengewicht gegen die Beherrschung des Marktes durch Privatmonopole und Kartelle. Durch den Ausbau der zentralen Genossenschaftsgütererzeugung wird die Leistungsfähigkeit der Gesamtbewegung gesteigert.

Die Rechtssprechung der zivilen Finanzgerichte gegen die Konsumvereine behandelte Dr. Peterßen (Hamburg). Der Ausschußbericht wurde von Markus (Düsseldorf) gegeben. Ueber das Konsumgenossenschaftliche Fortbildungswesen sprach Schmelkert (Hamburg).

Der Genossenschaftstag nahm einstimmig verschiedene Entschlüsse an, die vom Vorstand, Ausschuß und Generalrat vorgelegt waren. Es wurde die Herabsetzung der Zölle für Roggen, Weizen und Futtermittel gefordert. An die Reichsregierung wurde das dringende Ersuchen gerichtet, die Aufhebung des Brotgesetzes in Aussicht zu nehmen. Der Genossenschaftstag warnt die Regierung vor Erfüllung der überspannten Forderungen der Landwirtschaft. Ferner wurde die Beseitigung der Sondersteuern gefordert.

Der Genossenschaftstag war in einer Zeit versammelt, wo die Not des Volkes zur Katastrophe zu führen droht. Es ist eigentlich eine traurige Feststellung, daß diese im wahrsten Sinne des Wortes bedeutungsvollste Wirtschafts- und Kulturorganisation sich gegen einseitige Belastungen des Volkes wenden muß. Der Genossenschaftstag hat aber gezeigt, daß der Wille der Vermögenslosen, sich selbst zu helfen, ungebrochen vorhanden ist. Und dieser Tatbestand ist auch die große Hoffnung dafür, daß die Konsumgenossenschaften und die Gewerkschaften als wirtschaftliche Stützpunkte bestehen bleiben werden, wenn alles um sie herum verflinkt.

Der Generaldirektor trat seinem Gast entgegen und begrüßte Hertha mit weltmännischer Sicherheit, so, als wäre ihr Kommen die allertäglichste Sache von der Welt.

Und dann, als sie sich in dem dunklen Klubsautenil niedergelassen hatte, von dem ihre weiße Gestalt sich reizvoll abhob, umring er sie mit einem Blick, dem ähnlich, den die Schlange bannend auf ihr Opfer wirft . . .

Als Hertha zu ihm, der vor ihr stand, aufsaß, mißfiel ihr so gleich etwas in seinen sonst so beherrschten Zügen. Es war, als hätte eine Maske gefallen wäre. Aber ihr blieb keine Zeit, diesen Eindruck bewußter auszudeuten — denn van Limmen begann das Gespräch:

„Ich danke Ihnen sehr, gnädige Frau, daß Sie gekommen sind. Wir sind hier vollkommen ungestört — und können die schlimme Sache von allen Seiten durchsprechen. Nein — schauen Sie mich nicht so verängstigt an! Ich will Sie durchaus nicht lange quälen und hinhalten . . . Also vor allem eins: ich weiß es, daß Ihr Mann vollkommen unschuldig ist . . .“

Auf einmal hatte Hertha Fassung und Haltung. „Ich habe auch nicht eine Sekunde lang etwas anderes gedacht —“

„Darin sind wir eins! Nur ein kleiner Unterschied: ich weiß auch, daß er das Opfer eines tückischen Streiches geworden ist, einer geradegu beispiellosen Niedrigkeit —“

Er machte eine Kunstpause — und fügte dann, langsam und jedes Wort betonend, hinzu: „Und ich — ich kann das beweisen!“

Es durchfuhr Hertha wie ein elektrischer Schlag. Weit beugte sie sich zu van Limmen vor, der inzwischen, bei Beginn des Gespräches, ihr gegenüber sich niedergelassen hatte, und ihre Augen suchten flehend die seinen.

„O Herr Generaldirektor — — Sie können helfen?“

„Gewiß!“ nickte er. „Und es ist selbstverständlich, daß ich es so einrichten werde, daß es sein wird, als wäre diese peinliche Episode nie gewesen . . . Nur — es ist da noch ein kleines Etwas zu bedenken . . . Sehen Sie —“ und er wies hinüber zum Schreibtisch, wo neben dem offenen Brief das blaßgraue Blatt Papier lag, dem ein herbsüßer Duft von Cyper entströmte — „dort habe ich den Beweis dafür, daß Ihr Mann der Bosheit eines Hemmungslosen zum Opfer gefallen ist. Ich werde den Täter zwingen, sein Vergehen entschuldigend bei allen Tatzeugen zu gestehen — auf daß der Name Ihres Mannes rein und fleckenlos sei . . . Und dann ist alles wieder gut. Das wollen Sie doch, nicht wahr?“

Er rückte ganz nahe an Hertha heran, und sah ihr wieder mit jenem seltsamen Blick in die Augen. Aber diesmal empfand sie kein Unbehagen, wie zuerst. Fieberhaft arbeitete ihr Gehirn, Zusammenhänge zu erfassen — sie war auf einer Spur — wollte gerade etwas sagen — da unterbrach sie van Limmen, indem er seine Hand auf ihren Arm legte.

„Sie denken nach — — Bemühen Sie sich nicht . . . Ich spiele mit offenen Karten. Ganz nüchtern und deutlich will ich

Die Krise trifft die Frauen am schwersten

Die proletarischen Frauen leiden in dieser Wirtschaftskrise besonders schwer. Ob sich das um die Hausfrau und Mutter, oder um die im Erwerbsleben stehende Frau handelt, bleibt sich gleich. Die Hausfrau und Mutter hat die schwere Aufgabe zu lösen, mit dem durch Feierschichten und Kurzarbeit äußerst geschmälernten Familieneinkommen den Haushalt verhältnismäßig bescheiden zu bestreiten. Noch schlimmer ist es dort, wo das ganze Einkommen auf lange Zeit nur aus Arbeitslosen-, Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung besteht. In solchen Familien muß es rückwärts gehen. Das, was man allgemein unter häuslicher Behaglichkeit versteht, wird so bald völlig verschwunden sein, da es schon eine Kunst ist, mit dem geschmälernten Einkommen genügend Nahrung zu schaffen. Die Folge ist, daß der Familienaufenthalt keine besonderen Reize mehr hat. Der Mann hilft sich hierüber etwas hinweg dadurch, daß er ins Freie spaziert, Versammlungen besucht, Lesehallen ausnutzt usw.

Die Frau aber ist gerade jetzt mehr ans Haus gefesselt als sonst. Sie erlebt also ihre soziale Verarmung am tiefsten. Ihre Haupt Sorge geht darum, wenigstens Mann und Kinder, die vor der Öffentlichkeit eben nicht zu verbergen sind, einigermaßen in Kleidung zu halten. Sie selber kommt dabei immer mehr zurück und schließlich soweit, im wahrsten Sinne des Wortes „nichts mehr zum Anziehen“ zu haben. So sitzt sie dann gewissermaßen in ihr Elend hineingebannt, aus dem herauszukommen nur ganz wenig Hoffnung besteht. Das muß sich auf die Dauer auch auf das Seelenleben solcher Frauen auswirken. Es ist deshalb auch kein Wunder, jeden Augenblick von einer „Verzweiflungstat einer Mutter“ zu lesen.

Aber auch die sogenannten selbständigen Frauen leiden unter der Krise schmerzlicher als die Männer. Das gilt besonders für die erwerbslosen selbständigen Frauen. Sie haben gewöhnlich ein Zimmer zu bezahlen, das oft schon fast die ganze Unterstützung kostet. An Kleiderbeschaffung ist dann überhaupt nicht mehr zu denken, weil sonst ja zum Leben nichts mehr übrig bliebe. Gerade das aber wiegt bei der Frau besonders schwer. Frauen, wenigstens proletarische Frauen, haben nie Vorräte an Kleidern. Jede Saison, also jede Jahreszeit bringt hier neue Moden. Die Frau ist deshalb sehr schnell „abgerissen“ und muß in viel kürzeren Zeitabständen ihre Kleidung erneuern als der Mann. Der Mann kann unter Umständen Anzüge jahrelang tragen. Eine Frau, das heißt eine junge Frau oder gar ein Mädchen, würde bei gleichem Handeln bald wie eine Vogelscheuche aussehen, ganz abgesehen davon, daß die Qualität ihrer Kleider keine solch lange Lebensdauer erlaubt.

Es kommt hinzu, daß der Mann auch schon mal eine Zeitlang in sogenannter dritter und vierter Garnitur gehen kann, ohne dabei Gegenstand der öffentlichen Aufmerksamkeit zu sein, weil ja viele seiner Geschlechtsgenossen immer in Arbeitskleidung auf Straßen und Plätzen zu finden sind und der Fremde nie weiß, hat er es mit einem Arbeitstätigen oder nur mit einem in Arbeitskleidung steckenden Spaziergänger zu tun. Bei der

Frau ist das anders. Die ärmlich gekleidete Frau fällt sofort als „Arme“ auf, ganz abgesehen davon, daß die Frau gar nicht die Veranlagung und Ueberwindung besitzt, um sich über eine solche Situation hinwegzusetzen. Hier also warten die schlimmsten seelischen Leiden für die Frau, die sich sehr leicht dann in körperliche wandeln, weil die Frau in solchen Situationen in der Verzweiflung zur Selbsthilfe getrieben wird über den Weg des Geldgeschäftes mit ihrem eigenen Körper.

Daneben gibt es noch eine dritte Kategorie von Frauen, die in ungewöhnlicher Art von der Krise betroffen werden. Es sind jene Frauen, die, gezwungen durch die anhaltende Erwerbslosigkeit ihrer Männer, nun selber ins Erwerbsleben drängen oder gedrängt werden. Das ist in der Krise zu allermeist nur unter den ungünstigsten Verhältnissen möglich. Es ist nämlich so, daß sich Unternehmer das Angebot von weiblichen Arbeitskräften zunutze machen, um damit Löhne zu sparen, weil Frauenlöhne noch leider zu allermeist niedriger liegen als Männerlöhne. Es drängen sich also auch zu grober Männerarbeit heute immer mehr Frauen zu verhältnismäßig niedrigen Löhnen. Das wirkt sich auf die Frau doppelt verheerend aus. Einmal, weil der Frauenkörper unter solchen Arbeiten ungewöhnlich leidet und zum anderen, weil der niedrige Lohn keinen Ausgleich gegen solche Ueberbeanspruchung der körperlichen Kräfte erlaubt.

So sieht man, wie auf allen Gebieten gerade die Frau in eine besonders schwierige Notlage geraten ist durch die Krise. Sie hat also am meisten Interesse daran, daß normale Wirtschaftsverhältnisse geschaffen werden, wenn sie nicht persönlich und familiär in immer tiefere Not hinabgleiten soll. Andere Verhältnisse kommen aber nur, wenn die Arbeiterschaft selbst genügend Kräfte zu sammeln weiß, um stark genug zu sein gegen die unerfättliche Profitgier der Unternehmer. Diese Kräfte aber sind nur zu schaffen in den Gewerkschaften. Es ist also äußerst töricht, wenn gerade jetzt in der Krise die Frauen unserer Mitglieder ihre Männer beeinflussen wollen, den Verband zu verlassen, um die Beiträge zu ersparen. Der Schaden wäre auf der anderen Seite, wenn so die Gewerkschaften geschwächt würden, unvergleichlich größer. Dasselbe gilt für die weiblichen Mitglieder unserer Organisation, die vielleicht in diesen Notzeiten mit ähnlichen Gedanken spielen. Nein, es muß umgekehrt gerade jetzt besonders stark geworben werden, auch unter den weiblichen Berufstätigen. Gerade die Frauen haben noch viel für sich zu erkämpfen an Sonderchutz in schwierigen Lebensverhältnissen und für Gleichberechtigung mit dem Manne auch auf dem Gebiete der Entlohnung. Hier sind aber nur dann Erfolge zu erwarten, wenn die Frauen selber sich zu diesem Kampf stellen und die Notwendigkeit geschlossenen Handelns begreifen. Die Möglichkeit hierzu liegt allein in dem offenen freien Bekenntnis zum Organisationsgedanken und in der Einordnung aller weiblichen Berufsangehörigen in unseren Verband.

es Ihnen sagen, was zu erraten Sie sich abmühen: es war meine Frau . . .“

Hertha überschauerte es. Warum hat diese Frau meinen Mann verderben wollen? fragte sie sich. Sie fand kein Wort —, starrte nur immerfort von Limmen an, der jetzt ein Lächeln zur Schau trug, das zum Ernst der Unterredung nicht im mindesten passen wollte.

„Zerbrehen Sie sich nicht Ihr schönes Köpfchen über die Gründe, die meine Frau zu dieser boshaften Unbesonnenheit bewogen haben mögen . . .“ hörte sie wieder die sonore Stimme des Generaldirektors. „Wichtiger für Sie ist etwas anderes: wenn ich, um Ihren Mann zu rehabilitieren, meine Frau vor den Mitgliedern jener Gesellschaft so bloßstellen muß, so hat dies unstrittig für mich etwas Peinliches . . . Ich muß dies aber tun, mir bleibt kein anderer Ausweg, soll Ihrem Mann wirklich geholfen sein. Sie wissen — üble Nachrede ist ein Unkraut, das tausendfältige Wurzeln schlägt . . . Und dafür wird die Marenzi, diese Klatschbase aus Prinzip, schon genügend Sorge tragen —.“

„Ebenso Frau Mela, und wenn sie Ihre Freundin zu sein behauptet . . . Aber, wie gesagt, mein Wort —“ er betonte stark —, „wird alle zum Schweigen bringen. Ihrem Gatten soll volle Benugung werden! Nur: vergessen Sie nicht: es wird mir etliche unerquickliche Stunden kosten.“

Er schmiegte, lehnte sich wieder zurück, behielt die junge Frau beobachtend im Auge. Ueber ihre zarten Wangen hatte sich

leichte Röte gebreitet; und nun schlug sie ihre großen grauen Augen, die von Tränen schimmerten, voll zu dem Mann vor ihr auf, und sagte leise, mit gefalteten Händen: „Ich danke Ihnen aus tiefstem Herzensgrund!“

„Wie hübsch Sie danken können!“ — sagte von Limmen. Er ergriff eine ihrer Hände und begann langsam und genießerisch seine Lippen darauf zu drücken. Es kam so schnell — Hertha vermochte es nicht, ihre Hand zurückzuziehen, und in ein plötzliches, eiskaltes Erschrecken hinein, das ihr ganzes Wesen überriefelte, hörte sie von Limmen sagen: „Ich bin ein Mann der nüchternen Realität — ich weiß, daß alle Dinge ihren Preis haben. Ein noch so anmutiger Dank aus Ihrem reizenden Munde scheint mir nicht angemessen zu sein. Ich will mehr . . . Womit werden Sie mich belohnen?“

Die eiskalte Frauenhand in seiner zuckte, als hätte sie glühendes Eisen berührt . . . Hertha wollte aufspringen — konnte nicht — wand sich kraftlos im Druck der Hand dieses Mannes, der mit einem Blick voll Bier und Verlangen über sie hinstreifte, sie abschätzte.

„Sie sind sehr schweigsam, Frau Hertha“, hörte sie ihn wieder sagen. „Sie überlegen. Sollten Sie wirklich nicht wissen, womit Sie meine Hilfe erkaufen können?“

Jäh aufflammende Empörung gab ihr die Kraft, ihre Hand aus der seinen zu reißen. Sie sprang auf — und auch er erhob sich. Und nun standen sie sich gegenüber als Gegner.

(Fortsetzung folgt.)